

# Sachsens Unternehmer wollen mehr direkte Finanzspritzen und weniger Bürokratie

Bei zusätzlichen Staatshilfen für angeschlagene Unternehmen, die unter der Corona-Krise leiden, lenkt Sachsens Unternehmervereinspräsident Dietrich Enk den Blick stärker auf den einheimischen Mittelstand.

## Leipzig

Staatliche Hilfen für die wegen der [Corona-Pandemie](#) angeschlagene Wirtschaft sind über die jetzigen Hilfsprogramme hinaus nötig. „Das wird ein längerer Prozess sein“, sagte [Dietrich Enk](#), Präsident des Unternehmervereins Sachsen, im Gespräch mit der LVZ. Die jetzige Situation sei für viele Betriebe im Freistaat „sehr kritisch“. Es fehle gerade den kleinen und mittleren Firmen an Liquidität. Das Aufrechterhalten eines Notapparates verursache Kosten, und da seien die Unternehmen Enk zufolge „ganz schön allein gelassen worden“.

## Mittelstand braucht Hilfe

Enk, der seit vorigem Jahr an der Spitze des 1990 gegründeten Verbandes steht, forderte, die künftige Unterstützung der Wirtschaft beim Wiederaufbau nach Ende der Krise stärker nach Branchen auszurichten. Eine differenzierte Betrachtung sei das Gebot der Stunde. So seien die Probleme etwa bei den [Hotels und Gaststätten](#) oder bei vielen Einzelhändlern so ernst, dass zielgenaue Programme erforderlich seien. Enk sprach sich dafür aus, hierbei nicht nur den Finanz- und den Wirtschaftsminister in Sachsen mit einzubeziehen, „sondern auch die Fachressorts“. Das könnte die Kompetenz nur erhöhen.

Überhaupt gehe es darum, speziell den mittelständischen Betrieben unter die Arme zu greifen. „Sie sind in Sachsen für 50 Prozent der Wertschöpfung verantwortlich und bieten viele Arbeitsplätze“, betonte der Präsident. „Der Mittelstand garantiert eine hohe Stabilität in unserem Land.“ Die dürfe jetzt nicht gefährdet werden. Angesichts einer Finanzspritze von 1,8 Milliarden Euro für den Reise-Riesen TUI sollten Hilfen erst recht möglich sein. Wenn es bald darum gehe, durch Lockerungen „Gesellschaft und Wirtschaft zu aktivieren“, sollten in den Expertenteams neben Wissenschaftlern auch Praktiker mit am Tisch sitzen. „So etwas lässt sich nicht nur vom Lehrstuhl aus beurteilen.“

## **Verlagerte Produktion zurückholen**

Der Unternehmerchef geht davon aus, dass der Staat „bei der Krisenabsicherung eine große Rolle einnehmen wird“. Das werde das politische Erbe der Pandemie sein. Dabei sehe er „die absolute Notwendigkeit“, den kleinen Betrieben so zu helfen, dass ihre hiesigen Standorte gesichert blieben. Enk zeigte sich davon überzeugt, dass als Konsequenz aus der Krise eine Neubewertung des Gesundheitswesens erfolgen werde. Die medizinische Versorgung nur unter dem Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Optimierung zu betrachten „sehe ich kritisch“. Er zeigte sich davon überzeugt, dass es gelingen könne, die ein oder andere vor Jahren ins Ausland verlagerte Produktion wieder zurückzuholen. Allerdings sei das kein Selbstläufer, sondern müsse vom Staat unterstützt werden. „Dazu müssen die Unternehmen von Kosten entlastet werden“, verlangte Enk. „Ich erwarte, dass die sächsische Regierung langfristig daran arbeitet.“

## **Übertriebene Regulierung**

Der Verbandspräsident schloss auch die von Teilen der Politik bereits angedachten Steuersenkungen nicht aus. „Entscheidend ist, dass wir wieder wirtschaftliche Dynamik hinbekommen.“ Auch Reduzierungen der Sozialversicherungsbeiträge seien denkbar.

Dringend nötig seien ebenfalls Schritte zur Entbürokratisierung. Regelungen zur Arbeitszeit beispielweise seien auf der betrieblichen Ebene oftmals leichter zu klären, als es so mancher vermute. Übertriebene Regulierungen bei der Datenschutzgrundverordnung verursachten in erster Linie Kosten für die Betriebe. Geld, das sie gerade jetzt nicht hätten. Jetzt müssten Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden. Es sei nötig, die Attraktivität des Standortes Sachsen speziell im Mittelstand für Fachpersonal zu erhöhen. „Denn ich glaube nicht, dass der Fachkräftemangel durch die Krise ein für allemal verschwinden wird.“ Zahlen aus Vor-Krisen-Zeiten besagen, dass in Sachsen in den nächsten zehn Jahren rund 300 000 Fachkräfte fehlen.

Der Präsident selbst ist seit 1999 als Unternehmer in der Gastronomie tätig. Er beschäftigt rund 100 festangestellte Mitarbeiter. „Da haben wir im Moment keine Geschäftsgrundlage, eine Vollbremsung hinlegen müssen.“ Gleichwohl sei sein persönlicher Aggregatzustand nicht nur von Traurigkeit geprägt. „Ich versuche, die Situation anzunehmen.“

*Von Ulrich Milde*